Bekanntmachung.

Für Unterlassung der Zusendung von Neujahrskarten gingen ferner ein:

von Herrn Herrmann J. Meyer (Vater) . . 6 ℳ — ₰
" " Dr. Otto Günther . . . . . 6 " — "
" " Josef Finkelstein . . . . . 6 " — "
Summa 18 ℳ — ₰

worüber hiermit dankend quittirt wird.

Leipzig, den 2. Januar 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.
(Armenamt.)
Ludwig-Wolf. Schicker.

Bekanntmachung.

Sonnabend, den 4. Januar 1890, und bis auf Weiteres jeden Sonnabend wird das Bureau der unterzeichneten Casse für die Krankengeldauszahlung auch Mittags von 12 bis 2 Uhr, also ununterbrochen von früh 8 bis Nachmittags 5 Uhr geöffnet sein.

Leipzig, den 2. Januar 1890.

Die Ortskrankencasse für Leipzig und Umgegend.
Edmig,
stellv. Vorsitzender.

Städtische Realschule in Leipzig-Reudnitz.

Die Anmeldungen zur **Osteraufnahme** werden den 13. Januar von 2—5 Uhr, den 14. Januar von 8—12 Uhr, den 15. Januar von 10—1 entgegen genommen.

Bei der Anmeldung ist die letzte Censur oder das Censurbuch vorzulegen; es empfiehlt sich, auch die übrigen Zeugnisse (Geburts- oder Taufschein und Impfschein) gleich bei der Anmeldung beizubringen.

Die **Aufnahmeprüfung** soll Sonnabend, den 8. März, von früh 8 Uhr an stattfinden.

Leipzig-Reudnitz, den 2. Januar 1890.

Dr. Theodor Gelbe, Dir.

Bekanntmachung,

Besetzung einer neugegründeten Schutzmannsstelle betreffend.

Vom 1. Januar 1890 ab ist bei der unterzeichneten Behörde eine neugegründete **Schutzmannsstelle** zu besetzen.

Mit derselben ist ein Gehalt von jährlich 900 ℳ, neben 100 ℳ Bekleidungsgeld verbunden, welcher nach 20jähriger Dienstzeit bis zu dem Höchstbetrage von 1350 ℳ steigt.

Geeignete Bewerber (gewesene Soldaten, Unterofficiere werden bevorzugt) haben selbstgeschriebene Gesuche unter Beifügung von Zeugnissen in beglaubigter Abschrift, eines Lebenslaufes, eines Gesundheitszeugnisses unter

bis 10. Januar 1890

einzureichen.

Originalzeugnisse werden nicht zurückgesendet. Vorstellung hat nur auf Erfordern zu erfolgen.

Jena, den 30. December 1889.

Der Gemeinde-Vorstand
der Großherzogl. S. Residenz- und Universitätsstadt.
Singer.

Die böhmischen Ausgleichsverhandlungen.

Morgen beginnen die Verhandlungen über den deutsch-böhmischen Ausgleich unter dem Vorsitz des Grafen Taaffe und unter Betheiligung der Altczechen und der Deutschen. Diese Conferenz ist als die unmittelbare Folge der Interpellation Plener's und der darauf ertheilten Antwort des Grafen Taaffe zu betrachten, die Conferenz ist zugleich der Beweis, daß die Regierung ihre Ansichten über die Ausdehnung der czechischen Forderungen geändert hat. Noch vor einigen Monaten schien die Geneigtheit vorhanden, die Czechen durch die völlige Lostrennung Böhmens aus dem Verbande der cisleithanischen Länder zu befriedigen und damit die Forderung nach der Wiederherstellung des sogenannten böhmischen Staatsrechts zu erfüllen. Der Eindruck, den diese Aussicht auf die Deutschböhmen gemacht hat, lieferte aber der Regierung den Beweis, daß sie auf dem falschen Wege sei und daß auf diese Weise wohl die Verwirrung vergrößert und die Zwietracht verschärft, aber niemals Versöhnung der vorhandenen Gegensätze erreicht werden könne.

Zehn Jahre lang ist Graf Taaffe bemüht gewesen, das deutsche Element in Böhmen zurückzudrängen, die Wünsche der Czechen zu verwirklichen und aus Böhmen ein czechisches Land zu machen, aber statt dafür den Dank der Czechen zu ernten und eine Aussöhnung der beiden Nationalitäten herbeizuführen, sind die Forderungen der Czechen nur über alles Maß gewachsen und die Zwietracht zwischen Czechen und Deutschen bis zur Unerträglichkeit getrieben worden. Dann kamen die Budgetverhandlungen und bei diesen trat die Unzufriedenheit der Deutschböhmen mit voller Kraft zu Tage. Plener entwarf ein Bild von den Zuständen in Böhmen und von den Folgen, die sich daraus nothwendig entwickeln müßten, welches den Grafen Taaffe stutzig machte und ihm zeigte, was aus den Versöhnungsbestrebungen werden könnte, wenn ihnen nicht endlich ein Ziel gesetzt würde. Noch am 13. December erklärte Graf Taaffe zwar, daß er sich durch keinen Angriff von dem bisher im Verein mit der Mehrheit des Parlaments verfolgten Wege werde abdrängen lassen, aber schon vier Tage später bei Beantwortung der Interpellation Plener's ließ er sich zu dem Zugeständniß herbei, daß der gegenwärtige Augenblick zur Aufwerfung von Verfassungsfragen nicht geeignet sei, daß es sich vorläufig darum handle, die Entwickelung innerhalb des Rahmens der bestehenden Verfassung zu fördern. Zugleich erkannte er den Deutschböhmen das Recht zu, ihre Forderungen ebenso zu formuliren wie die Czechen.

Heute steht die Sache für die Deutschen schon wesentlich günstiger, heute ist bereits als Ziel der Conferenz bezeichnet, daß die Vertreter der Czechen für die Zustimmung zu den deutschen Hauptforderungen gewonnen werden sollen. Graf Taaffe scheint sich den Ausgleich so gedacht zu haben, daß den Czechen die Möglichkeit gewährt werden sollte, ihre nationale Entwickelung neben den Deutschen Böhmens auf die ihnen erreichbare Stufe zu bringen, die Czechen haben aber ihr Ziel höher gesteckt, ihnen war es darum zu thun, durch die Macht der Zahl die Oberhand über die Deutschen zu gewinnen und Böhmen zu czechisiren als Antwort auf die bisherige naturgemäße Entwickelung, welche der deutschen Nationalität den Vorrang vor der czechischen gewährleistete. Diese Umkehrung des früheren Verhältnisses ist nicht zum Heile Böhmens und des Gesammtstaates ausgeschlagen, es sind dadurch nur gleiche Triebe bei andern slawischen Stämmen Oesterreichs erregt worden, welche die Gefahr heraufbeschworen, daß die Slawen in Oesterreich zur Herrschaft gelangen würden. Mit größter Offenheit drückte der Jungczeche Gregr diesen Zustand vor einiger Zeit im böhmischen Landtage aus, indem er sich darüber beklagte, daß die deutsche Sprache in Oesterreich immer noch als die Staats- und die Armeesprache anerkannt sei, das müsse anders werden, die czechische Nationalität müsse durch die Wiederherstellung des Königreichs Böhmen und die äußere Form desselben durch die Krönung des Kaisers von Oesterreich als König von Böhmen anerkannt werden. Erst jetzt kam es der Regierung zum Bewußtsein, daß die Versöhnungsära ihren Höhepunct überschritten habe, daß es sich heute nicht mehr um Versöhnung, sondern um Unterdrückung der deutschen Nationalität handele, daß Oesterreich vor der Gefahr der Auflösung in eine Anzahl von Staaten stehe, die nur noch äußerlich durch den Kaiser von Oesterreich zusammengehalten werden könnten. Oesterreich stand in der That vor der Einrichtung einer besonderen böhmischen Verwaltung und Justizpflege, vor der Organisation eines Staatswesens, in welchem die Deutschen nur geduldet wären und das deutsche Sprachgebiet von Tage zu Tage mehr eingeschränkt würde. Das mußte auf alle Staatsverhältnisse zurückwirken, die Möglichkeit, die deutsche Sprache als Staats- und Armeesprache aufrecht zu erhalten, wurde dadurch in Frage gestellt, und die Kennzeichen des in der Entstehung begriffenen Zustandes traten bereits in der Ankündigung hervor, daß die Deutschen demnächst ebenso den Reichsrath verlassen würden, wie es vor ihnen die Czechen gethan hatten. Soweit glaubte selbst ein Graf Taaffe nicht gehen zu dürfen.

Mit der deutsch-böhmischen Ausgleichsconferenz ist der erste entscheidende Schritt zum Beginn des Rückzuges der Taaffe'schen Ausgleichspolitik geschehen. Nachdem lange Zeit hindurch nur die Forderungen der Czechen Berücksichtigung gefunden hatten, erinnert man sich auf den Bänken der österreichischen Regierung daran, daß die deutsche Nationalität in Böhmen doch auch nicht so ganz mit Verachtung gestraft werden darf, daß die deutsche Sprache doch wohl auch eine gewisse Berechtigung hat, und daß an der staatlichen Einheit des österreichischen Staatswesens nicht weiter gerüttelt werden dürfe. Hat man doch in Ungarn mit dem Dualismus durchaus keine guten Erfahrungen gemacht. Das Ueberwuchern des Magyarenthums hat in Ungarn Gefahren erzeugt, welche ihre Rückwirkungen auch in Wien sehr fühlbar geäußert haben, die Opposition gegen Tißa ist während der Berathungen über das Wehrgesetz zu einer Leidenschaftlichkeit emporgewachsen, daß sogar die persönliche Sicherheit des Ministerpräsidenten zeitweise gefährdet war. Das gute Einvernehmen zwischen Ungarn und Oesterreich beruht auf der Stetigkeit der ungarischen Regierung und der zu ihr haltenden Mehrheit des Parlaments. Sind diese beiden Factoren in Frage gestellt, dann ist die fernere Entwickelung Ungarns unberechenbar, und die Hochfluth des nationalen Uebermuthes ist dann schwerlich noch zu bändigen.

Die einzige Waffe, welche die Regierung gegen die leidenschaftlichen Forderungen der Nationalitäten besitzt, ist das historische Oesterreicherthum, und das ist gleichbedeutend mit der Führung der Deutschösterreicher. Es ist nicht Herrschsucht, welches die Deutschösterreicher veranlaßt, auf ihre historischen Rechte zu verweisen und auf deren Wiederherstellung zu dringen, denn sie sind es, welche die österreichisch-ungarische Monarchie bisher zusammengehalten und ihren Bestand gewährleistet haben. Man hat dem gegenüber geltend gemacht, daß im Verfassungsstaate die Mehrheit das entscheidende Wort spricht und daß eine Mehrheit im österreichischen Reichsrathe ohne Zubilligung der slawischen Nationalitäten nicht herzustellen ist. Das ist nicht schlechthin richtig, sondern nur in dem Sinne, daß ein Theil der in Oesterreich wohnenden Nationalitäten eventuell auf seine verfassungsmäßigen Rechte verzichtet, wenn er durch diese Nichtausübung glaubt, einen Druck auf die Regierung ausüben zu können. Das, was jetzt durch die deutsch-böhmische Ausgleichsverhandlung angestrebt wird, ist kein Ausgleich, sondern es ist das Wiedererwachen des Geistes, welcher in Oesterreich seit Jahrhunderten die Führung hatte. Die Taaffe'sche Politik hat Schiffbruch gelitten, die Rückkehr zu den früheren leitenden Grundsätzen ist im Anzuge.

Leipzig, 3. Januar.

* **Eine deutsche Arbeiterpartei**, losgelöst von allen socialdemokratischen, anarchistischen, vaterlandslosen, sittlich-anrüchigen Bestrebungen, so sagt die „Kölnische Zeitung" in einem Neujahrs-Gruß an die Arbeiter, das ist es, was die deutschen Arbeiter zu bilden haben. Wie einfach ist doch diese Vorschrift! wie klar liegt ihr Nutzen auf der Hand! wie leicht ist sie anzuführen! wie viele Vortheile und Ersparnisse bietet sie dem Arbeiter! welche Zahl von Freunden und Bundesgenossen wird sie ihm zuführen aus den gebildeteren und besitzenden Classen! Möchten doch alle, die es ehrlich mit der Arbeiterwelt meinen, die ein Herz haben für diese unsere wackern Brüder, welche mit der schwieligen Hand mühsam und fleißig um das tägliche Brod ringen, ihnen bei jeder nur sich darbietenden Gelegenheit in Wort und Schrift diesen heilsamen Rath zu ertheilen nicht müde werden! Eine deutsche Arbeiterpartei, die nichts anderes verfolgt als auf gesetzlichem Wege die gesellschaftliche und wirthschaftliche Aufbesserung des eignen Standes zu erreichen! Eine deutsche Arbeiterpartei, die demgemäß ihr Programm entwirft und für die Hetzer und Stänker hinfort keinen Raum mehr übrig hat! Eine deutsche Arbeiterpartei, die es in der Liebe zu Kaiser und Reich mit jeder anderen Partei aufnimmt und die solche würde- und gesinnungslosen Subjecte, welche bei einem Hoch auf das Staatsoberhaupt im Reichstage schweigend sitzen bleiben, empört aus ihren Listen streicht! Wer kennt nicht die Fabel vom Riesen Antäus, der aus der Erde seine Kraft sog und von Herkules nur überwunden werden konnte, indem dieser ihn über die Erde emporhob und in der Luft erdrosselte. Auch die deutsche Arbeiterpartei ist ein Riese, der nur auf dem Boden des Vaterlandes fußend unüberwindlich ist; läßt sie sich loslösen von diesem Boden und durch die Phrasen socialdemokratischer, internationaler Windbeuteleien in die Luft emporwirbeln, dann hat sie keinen Halt mehr und büßt mit der Achtung und Theilnahme aller edlen Deutschen ihre Daseinsberechtigung und jede Hoffnung auf Erfolg ein.

* **Die Erhebungen über den Umfang der sogenannten Sachsengängerei** in Oberschlesien haben ergeben, daß während des nunmehr abgelaufenen Jahres 20 631 ländliche Arbeiter außerhalb des Regierungsbezirks Oppeln vorzugsweise in den mittleren und westlichen Landestheilen Arbeit gesucht haben. Bruchtheile unter diesen Arbeitern haben im benachbarten Oesterreich Arbeit gesucht, können also zu den eigentlichen „Sachsengängern" nicht gerechnet werden. Von den 20 631 weggegangenen Arbeitern waren 11 125 männlich, 9506 weiblich; verheirathet waren im Ganzen 4901, unter den männlichen Sachsengängern befanden sich 827 verheirathete. Wegen Fortganges des Familienhauptes mußte in 58 Fällen die öffentliche Armenpflege in Anspruch genommen werden. Wenn diese Angaben zuverlässig sind, so ergiebt sich daraus, daß die Mittheilungen über die große Zahl der Fälle, in denen für die zurückgelassenen Angehörigen der „Sachsengänger" die Armenpflege in Anspruch genommen werden mußte, stark übertrieben waren.

* **Der Statthalter der Reichslande, Fürst Hohenlohe**, hat unlängst in Berlin geweilt, und man schreibt seiner Anwesenheit in der deutschen Hauptstadt einige politische Bedeutung zu. Es heißt, während seines Aufenthaltes sei die Regelung der ständigen Vertretung Elsaß-Lothringens beim Reiche zur Sprache gebracht worden. Erst vor einigen Jahren ward dem Reichslande eine Vertretung im Bundesrathe zugestanden. Eine beschließende Stimme hat der Vertreter der Reichslande auch jetzt noch nicht; um eine solche zu gewähren, müßte die Reichsverfassung abgeändert werden. Vorher müßten aber wohl die Elsässer und Lothringer durch Reichstagswahlen den Beweis liefern, daß sie ehrlich zum Reiche zu halten entschlossen sind. Vorläufig scheint die Regierung fest entschlossen, die bisherige nur einstweilige Vertretung Elsaß-Lothringens beim Reiche zu einer endgiltigen etatsmäßigen zu machen. Die jetzigen Vertreter sind der Geheime Legationsrath Kayser vom Auswärtigen Amte in Berlin und der Ober-Regierungsrath Hauschild von der General-Direction der Zölle in Straßburg.

* Der ernannte **Bischof von Passau**, Dompropst Dr. v. Rampf, hat, wie die „Allgemeine Zeitung" meldet, am Christabend mehrere Münchener und auswärtige Redacteure katholischer Zeitungen in Besuch empfangen, welche dem hohen Herrn ihre Glückwünsche anläßlich seiner Ernennung zum Bischof von Passau darbrachten. Dompropst Dr. v. Rampf dankte in sehr verbindlichen Worten und äußerte u. A. den Wunsch, es möge in der hauptstädtischen wie in der provinziellen Presse bei aller Entschiedenheit in der Verfechtung der kirchlichen Interessen dennoch immer ein gemäßigter und milder Ton eingehalten werden.

* Eine wichtige Maßregel zum Schutze der deutschen Sprachgrenze und den deutschen Sprachinseln in Böhmen, Mähren, Oesterreichisch-Schlesien, Steiermark, Kärnten und Krain gegen das allerwärts verdrängende West- und Südslawenthum ist die Errichtung von deutschen Volksschulen an solchen Orten, welche der Entnationalisirung besonders ausgesetzt sind. Namentlich ist es ein häufig vorkommender Fall, daß die Schulkinder eines deutschen Dorfes zu einer czechischen oder slowenischen Nachbargemeinde eingeschult sind und durch den Unterricht in einer fremden Sprache und durch den Verkehr mit slawischen Mitschülern nach und nach der deutschen Zunge verloren gehen. Darum erscheint die Gründung deutscher Volksschulen an solchen Puncten oft als das einzige Mittel, um das aufwachsende Geschlecht dem sonst unvermeidlichen Schicksale der Slawisirung zu entreißen. Eine solche Schuleinrichtung stellt sich aber nicht als eine so einfache Sache dar; denn es muß stets, meist mit bedeutendem Aufwande, ein Schulhaus gebaut und mit den nöthigen Geräthschaften und Lehrmitteln ausgestattet werden. Der Mangel an Mitteln, ein solches zu bauen, ist sehr häufig die Ursache gewesen, daß arme deutsche Gemeinden dem nächsten slawischen Schulsprengel einverleibt und rettungslos slawisirt wurden. Im Jahre 1888 forderte deshalb Baron von Dumreicher die Leitung des Wiener Schulvereins auf, einen besonderen Schulbaufonds zu dem Zwecke zu sammeln, daß nach und nach alle deutschen Gemeinden, welche ihre Kinder in benachbarte slawische Ortschaften schicken müssen, eigene deutsche Schulen und Schulhäuser erhalten, doch nur unter der Bedingung, daß der Unterricht stets deutsch bleibt. Heute ist der Fonds bereits auf 70 000 fl. angewachsen und fortwährend laufen noch größere und geringere Spenden ein. Nach den umsichtig gepflogenen Erhebungen wird man aber ungefähr 200 000 ℳ brauchen, um alle deutschen Gemeinden, die bisher in slawische Gemeinden eingeschult sind, mit eigenen Schulen und Schulhäusern zu versehen. Um diese Summe aufzubringen, hat sich die Schulvereinsleitung neuerdings an die unter deutscher Leitung stehenden Geldinstitute und industriellen Gesellschaften, sowie an die deutschen Stadtgemeinden gewandt und Beihilfen erbeten. Von vielen deutschen Städten, die selbst unter der Zuwanderung slawischen Proletariats leiden, sind auch bereits ansehnliche Beiträge geleistet worden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß im Laufe des neuen Jahres der Schulbaufonds die Höhe von 200 000 fl. erreichen wird und daß mit dem Bau von 40 neuen deutschen Schulen ebenso viele deutsche Gemeinden vor sonst sicherer Slawisirung errettet werden.

* **Aus Pest** wird vom 31. December geschrieben: Die Neujahrs-Gratulation der liberalen Partei bei Tißa ist stets ein Ereigniß von politischer Bedeutung, diesmal aber um so mehr, als die liberale Partei die Absicht hat, den Minister-Präsidenten in sehr entschiedener Weise ihrer Unterstützung zu versichern, um eine gleich kategorische Erklärung von seiner Seite zu provociren. Wer die Vorgänge im ungarischen Parlament während der letzten Session verfolgt hat, der wird überzeugt sein, daß die liberale Partei keine Neigung empfindet, eine Haltung, wie sie die Opposition eingenommen hat, zu provociren, daß sie aber noch viel weniger geneigt ist, das beliebte Vorgehen weiterhin zu dulden. Uebrigens scheint man auch in den Kreisen der Opposition zur Einsicht gelangt zu sein, daß mit der bisherigen Taktik kein Erfolg zu erzielen ist; in letzter Zeit sind sogar die von dieser Seite mit berechneter Absicht in die Welt gesetzten Gerüchte von dem „nahen" Sturze Tißa's verstummt. Selbst Diejenigen, welche schon die Frage erörterten, wer sein Nachfolger sein würde, waren der Ansicht, die Krisis werde „nach" Neujahr eintreten. Aber sie werden noch lange auf die Verwirklichung ihrer Wünsche zu warten haben. Alles ist gethan, damit die in Schwebe befindlichen politischen Angelegenheiten, das Honvedgesetz, das Heimathsgesetz ꝛc. ihre gedeihliche Lösung finden und zwar ohne jede weitere Initiative der Opposition. An dem loyalen Vorgehen Tißa's ist nicht zu zweifeln, aber er läßt keine Pression auf sich ausüben, weder im Allgemeinen, noch, was die Wirksamkeit der Legislative anbelangt, noch auch, was die Reihenfolge in der Erledigung der auf dem Programm stehenden politischen Angelegenheiten betrifft.

* In der **Allocution**, welche der **Papst** in dem letzten Consistorium hielt, sprach derselbe seine Befriedigung aus über die Errichtung von katholischen Universitäten in Washington, Ottawa und Freiburg. Um so größeren Schmerz verursache ihm Italien, wo, wie jüngst ein im öffentlichen Leben stehender Mann erklärt habe, die Machthaber unaufhörlich die Kirche und den Papst zu bekämpfen trachteten. Das Papstthum habe ein Recht auf die weltliche Macht, weil hierauf die Unabhängigkeit und die zur Ausübung der Pflichten nothwendige Freiheit beruhten. Das neue italienische Strafgesetzbuch und das jüngst votirte Gesetz über die frommen Stiftungen und Wohlthätigkeitsanstalten seien eine Beleidigung der Geistlichkeit und eine Verletzung der Kirche. Die Priester seien von der Verwaltung der Wohlthätigkeitsanstalten ausgeschlossen worden, während die Frauen dazu zugelassen würden. Man habe gesagt, die Wohlthätigkeit müsse von Laien geübt werden, weil sie dann besser aufgenommen werde. Die Unglücklichen aber schämten sich, außerhalb der Kirche christliche Wohlthätigkeit in Empfang zu nehmen, weil es außerhalb der Kirche keine wahre Wohlthätigkeit gebe.

* Um die Gesundheit des **Großfürsten Nikolaus** von Rußland, des Oheims des Kaisers, soll es recht schlecht stehen. Vor einiger Zeit wurde er operirt, doch bezweifeln die Aerzte, daß Heilung und Genesung möglich sind. Er ist schon seit dem Sommer leidend und an Zimmer und Bett gefesselt, und man sieht besorgt dem kommenden Jahre entgegen. Großfürst Nikolaus ist jetzt 58 Jahre alt. Auch sein älterer Bruder, **Großfürst Constantin**, befindet sich noch in demselben trostlosen Zustande, wie im Sommer. Fuß und Hand, die nach dem Schlage gelähmt worden waren, kann er jetzt ein wenig bewegen, und auch mit fremder Unterstützung über das Zimmer gehen, aber die Sprache ist nicht wiedergekehrt, das Allgemeinbefinden ist jedoch verhältnißmäßig gut.

* Der **französische Justizminister Thévenet** beschloß auf Grund der angestellten Enquete, nahezu **dreihundert Geistlichen**, wegen **unbefugter Einmischung** in den letzten Wahlkampf, ihre **Bezüge zu sperren**.

* **Aus Sofia** wird vom 1. Januar gemeldet: Das amtliche Blatt veröffentlicht eine Verordnung, betreffend die **Regelung der Handelsbeziehungen zwischen Bulgarien und England**. Hiernach unterliegen englische nach Bulgarien eingeführte Waaren einem Zolle von 8 Proc. vom Werthe; außerdem sind für dieselben eine Gebühr von ½ Proc. und die gesetzlichen Communalabgaben zu entrichten. Für Spiritus, Tabak, Salz, Pulver und andere der Verzehrungssteuer unterworfene oder ein Monopol bildende Artikel sind außer den oben erwähnten Zollgebühren noch die betreffenden Specialabgaben zu zahlen. Nach England eingeführte bulgarische Boden- und Industrieproducte werden wie die Waaren einer meistbegünstigten Nation behandelt. Die Verordnung bleibt bis zum 1. Januar 1891 in Kraft und gilt, falls seitens keiner der beiden vertragschließenden Theile bis zum 1. October d. J. Kündigung erfolgt, als bis zum 1. Januar 1892 verlängert.

* Das Jahr 1889 hat geendet, **ohne daß in Spanien** die vielbesprochene Ministerkrisis eingetreten ist; die Cortes haben 50 Sitzungen abgehalten, ohne etwas Bedeutendes geschaffen, ohne eine einzige für das Wohl des Staates wirklich förderliche und nothwendige Vorlage durchberathen zu haben. Zahllose Hoffnungen sind unerfüllt geblieben, viele ernste Befürchtungen haben sich als richtig erwiesen, die parlamentarischen Weihnachtsferien haben unter außergewöhnlich trüben Umständen begonnen, und das neue Jahr eröffnet unter wenig erfreulichen Verhältnissen. Sagasta ist es gelungen, sich über Wasser zu erhalten, die Dauer seiner Herrschaft länger auszudehnen, als selbst seine besten Freunde zu hoffen wagten; aber daß die Stellung seines Cabinets damit nicht befestigt ist oder daß eine mehr oder minder große Veränderung in dem Cabinet überflüssig geworden sei, darüber können sich selbst diejenigen nicht täuschen, denen alles an der Fortdauer der gegenwärtigen Zustände gelegen sein muß und deren Existenz davon abhängt. Wird Sagasta die zwanzigtägigen Ferien für eine Umgestaltung des Cabinets benutzen? Das ist die Frage, die zur Zeit Freunde und Feinde der Regierung beschäftigt. Die lange Dauer der Ferien bis zum 10. Januar 1890 legt die Annahme nahe, daß Sagasta wirklich diese Absicht hegt, seine Gegner meinen, das wäre ja auch seinen Gepflogenheiten ganz entsprechend, da er mit Vorliebe während der parlamentarischen Ferien Reconstructionen seiner Cabinette ausführt. Die Ministeriellen versichern dagegen, daß Sagasta zur Zeit daran gar nicht denke und keine Veranlassung habe, die unmittelbare Kritik der Cortes bei irgend einem seiner Acte zu scheuen. Eine weitere wichtige Frage ist, welche Ausdehnung Sagasta der Umgestaltung im Cabinet geben wird. Die Einen glauben, er werde sich darauf beschränken, falls es absolut unvermeidlich ist, für Benancio Gonzalez und Rodriguez Arias Ersatzmänner zu ernennen, und eine völlige Neugestaltung erst vornehmen, wenn die zwei wichtigsten Aufgaben der jetzigen Regierung und ihrer Cortes, die Annahme des Gesetzes über allgemeines Wahlrecht und die der Budgetvorlage, erfüllt sind. Die Anderen behaupten, daß eine partielle Veränderung jetzt überhaupt nicht mehr angeht, daß die Bildung eines ganz neuen Cabinets nothwendig ist. Und während vor wenigen Tagen das Gros der Majorität noch für das erstere Auskunftsmittel stimmte, neigte dasselbe jetzt unbedingt zur Anwendung des zweiten. Was Sagasta thun wird, falls es ihm wirklich nicht mehr möglich ist, das Cabinet in seiner jetzigen Zusammensetzung zu erhalten, darüber wissen selbst seine nächsten Freunde nichts, er bewahrt darüber das strengste Stillschweigen. Vielleicht haben auch diejenigen nicht ganz Unrecht, welche sagen, es handelt sich gar nicht um das, was Sagasta thun will, sondern lediglich um das, was er möglicherweise noch thun kann, denn es ist Thatsache, daß viele der hervorragendsten Mitglieder des großen politischen Generalstabs der liberalen Partei sich geweigert haben, ein Portefeuille zu übernehmen. Die Einen wollen nicht als Lückenbüßer dienen und in ein dürftig geflicktes Cabinet eintreten, dessen Dauer nur eine sehr kurze sein kann; die Andern halten die allgemeine Lage überhaupt für so ernst, die Kräfte Sagasta's für so verbraucht, daß sie ihren Eintritt in ein ganz neues Cabinet sogar für Selbstmord betrachten, die Dritten, und diese bilden die größte Masse, stellen ganz bestimmte Bedingungen sowohl bezüglich des ferneren Ganges der Politik und des Programms, als namentlich auch bezüglich der Wahl der Personen für die Vacanzen.

* **Aus Washington** wird vom 31. December gemeldet: Der Congreß der See-Ufer-Staaten hat heute die Arbeiten beendigt und sich auf unbestimmte Zeit vertagt.

Farbige Seidenstoffe von 95 Pfge. bis 12.55 p. Met. — glatt gestreift, karrirt und gemustert (ca. 3500 verschd. Farben und Dessins) — vers. roben- und stückweise porto- u. zollfrei das Fabrik-Depôt **G. Henneberg** (K. u. K. Hoflief.), **Zürich.** Muster umgehend. Briefe kosten 20 Pf. Porto.

Patentbureau Tretau & Co., Schletterstraße Nr. 24, Leipzig. Günstige Bedingungen.

Allen an Influenza Erkrankten, die sich Erleichterung und Linderung verschaffen wollen, sein angelegentlichst Fay's echte Sodener Mineral-Pastillen zu empfehlen. Je 5 bis 6 Pastillen, in heißer Milch aufgelöst und in wiederholten Gaben heiß getrunken, üben einen wohlthätigen Einfluß auf die katarrhalisch affizirten Organe aus, bewerkstelligen eine leichte Schleimabsonderung und ändern somit die Heftigkeit und die Beschwerden des Katarrhs. Fay's echte Sodener Mineral-Pastillen sind in allen Apotheken und Droguen à 85 ₰ zu haben.

Synagoge.

Gottesdienst: Freitag Abend 4 Uhr 10 Min.
Sonnabend früh 8 Uhr 30 Min.

Tageskalender.

Telephon-Anschluß:

Expedition des Leipziger Tageblattes . . . . . **№ 222.**
Redaction des Leipziger Tageblattes . . . . . **" 153.**
Buchdruckerei des Leipziger Tageblattes (E. Polz) **" 1173.**

Außer unseren am Kopfe des Blattes genannten Filialen sind zur Annahme von Inseraten für das Leipziger Tageblatt berechtigt

in **Leipzig:** **G. L. Daube & Co.**, Ritterstr. 14. II, **Haasenstein & Vogler**, Grimmaische Str. 21, I., **Invalidendank**, Grimm. Str. 19, Eing. Nicolaistr., **Rud. Mosse**, Grimmaische Str. 20, I., **Robert Braunes**, Barfußgäßchen 4, **Eugen Fort**, Nicolaistraße 22, **Bernhard Freyer**, Petersstraße 27, **Paul Schreiber**, Marschnerstraße 9, **„Globus"** (Oskar Prokopetz), Johannesgasse 30,

in **Leipzig-Reudnitz:** **C. Schmidt**, Chausseestraße 8, **Emil Weisbach**, Neuß. Hospitalstr. 9,

in **Neuschönefeld: Moritz Grünthal** Eisenbahnstraße 2,

in **Gohlis: Theodor Fritzsche**, Mittelstraße 5.

Kaiserl. Post- und Telegraphen-Anstalten.

Postamt 1 im Postgebäude am Augustusplatz.
Telegraphenamt im Postgebäude am Augustusplatz.
Postamt 2 am Leipzig-Dresdner Bahnhofe.
Postamt 3 am Bayer. Bahnhofe.
Postamt 4 (Mühlgasse).
Postamt 5 (Neumarkt 16).
Postamt 6 (Wiesenstraße 19).
Postamt 7 (Ranstädter Steinweg.)
Postamt 8 (Eilenburger Bahnhof).
Postamt 9 (Neue Börse).
Postamt 10 (Hohestraße).
Postamt 11 (Könneritzstraße).
Postamt Leipzig-Reudnitz (Gemeindeer Straße 2).

1) Die Postämter 2, 3, 4, 6, 7, 8, 9, 11 und Leipzig-Reudnitz sind zugleich Telegraphenanstalten. Bei dem Postamte 5 werden Telegramme zur Besorgung an die nächste Telegraphenanstalt angenommen.
2) Die Postämter 5 und 9 sind zur Annahme gewöhnlicher Packereien sowie größerer Geld- und Werthpackete nicht ermächtigt. Bei dem Postamte 10 (Packetpostamt) findet eine Annahme von Postsendungen nicht statt.
3) Die Dienststunden bei sämmtlichen Postämtern werden abgehalten: an den Wochentagen von 8 Uhr früh (im Sommer von 7 Uhr früh) bis 8 Uhr Abends, an Sonntagen und gesetzlichen Feiertagen von 8 Uhr früh (im Sommer von 7 Uhr früh) bis 9 Uhr Vormittags und von 5 bis 7 Uhr Nachmittags. Die Postämter 2 und 3 sind für die Annahme ꝛc. von Telegrammen außer den Dienststunden an den Wochentagen auch von 8 bis 9 Uhr Abends geöffnet.

Beim Telegraphenamte am Augustusplatz werden immerwährend, auch in der Nachtzeit, Telegramme zur Beförderung angenommen.

Bei dem Postamt 1 am Augustusplatz findet an den Sonntagen und gesetzlichen Feiertagen auch in der Stunde von 11 bis 12 Vormittags eine Ausgabe von Briefen an regelmäßige Abholer statt.

Die öffentlichen Fernsprechstellen bei dem Kaiserlichen Telegraphenamte in Leipzig — Hauptpostgebäude am Augustusplatz — sowie bei den Kaiserlichen Postämtern in Leipzig-Connewitz, Leipzig-Eutritzsch, Leipzig-Gohlis und Leipzig-Lindenau sind im Sommer von 7 Uhr, im Winter von 8 Uhr Morgens ab bis 9 Uhr Abends ununterbrochen geöffnet.

Auskunftsstellen der königlich sächsischen Staatseisenbahnverwaltung Dresdner Bahnhof, geöffnet Wochentags 9—1 Uhr Vormittags und 3—6 Uhr Nachmittags, Sonn- und Festtags 10—12 Uhr Vormittags) und

der königlich preußischen Staatseisenbahnverwaltung (Brühl 75 u. 77 [Creditanstalt] parterre im Laden, geöffnet Wochentags 9—1 Uhr Vormittags und 3—6 Uhr Nachmittags, Sonntags 10—12 Uhr Mittags) geben beide unentgeltlich Auskunft

a. im Personenverkehr über Ankunft und Abgang der Züge, Anschlüsse, Reiserouten, Billetpreise, Reiseerleichterungen, Fahrpreisermäßigungen ꝛc.;
b. im Güter-Verkehr über allgemeine Transportbedingungen, Frachtsätze, Tarifnormen ꝛc.

Haupt-Meldeamt der Bezirks-Commandos I und II im Schlosse Pleißenburg, Thurmhaus, 1. Etage (über der Wache befindlich). Bezirks-Commando I, links Zimmer 17 und 18, Bezirks-Commando II, rechts Zimmer 12 und 13. **Meldestunden sind** Wochentags von 8 Uhr Vormittags bis 2 Uhr Nachmittags, Sonn- und Festtags von 9 bis 12 Uhr Vormittags.